

Flucht: Forschung und Transfer

Policy Brief 10 | Juli 2017

Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung bei der Unterbringung von Geflüchteten: Eine Aufgabe für Kommunen

Isabella Bauer

Dieser Policy Brief wendet sich an Akteure der kommunalen Flüchtlingsarbeit. Es werden Handlungsempfehlungen zur Gewaltprävention, Konfliktbearbeitung und zur Förderung sozialer Teilhabe im Kontext der Unterbringung von Geflüchteten formuliert. Diese Empfehlungen basieren auf Forschungserkenntnissen, die in einem zugehörigen Bericht zusammengefasst sind, sowie auf dem Erfahrungsaustausch mit Praktiker_innen.

Kompetenzen ausbauen

Im Zuge der Ankunft von Geflüchteten in den vergangenen Jahren haben Kommunen vor allem im Bereich der Unterbringung enorme Anstrengungen unternommen. Um ein friedvolles Zusammenleben in Hinblick auf neue und sich verstärkende vorhandene Konflikte zu fördern, sollten Kommunen ihre Kompetenzen hinsichtlich Methoden der Gewaltprävention, Konfliktmediation und interkultureller Kompetenz ausbauen und – wo notwendig – Expert_innen von außen einbeziehen. Zudem sollten sie Mediationsstrukturen wie Beschwerdestellen und Ombudsleute einrichten. Sie spielen eine Schlüsselrolle in der konfliktsensitiven Flüchtlingsarbeit.

Netzwerke neu ausrichten und stärken

Durch die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten entstanden in vielen Kommunen neue Aufgabenbereiche und Netzwerke. Nun müssen ad hoc geschaffene Stellen, Aufgabenbereiche und Netzwerke in eine Gesamtstrategie eingebunden und die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Trägern der Flüchtlingsarbeit und Ehrenamtlichen nachhaltig organisiert werden. Als Schlüsselpersonen sollten Bürgermeister_innen und Integrationsbeauftragte übergeordnete Ziele der Zusammenarbeit formulieren und Zuständigkeiten, Verantwortungen und Beteiligungsmöglichkeiten regeln.

Frühzeitig informieren und beteiligen

Späte und unzureichende Informationen über geplante Gemeinschaftsunterkünfte haben in manchen Kommunen zur Ablehnung der Aufnahme von Geflüchteten beigetragen. Eine transparente Planung der Unterbringung und frühzeitige Information der Bürger_innen ist indes entscheidend für die Akzeptanz der Aufnahme von Geflüchteten und desweiteren Grundlage ihrer langfristigen gesellschaftlichen Integration. Kommunalverwaltungen und -politiker_innen sollten eine klare Kommunikationsstrategie verfolgen und die Bürgerschaft in Entscheidungsprozesse einbinden, um Konflikten vor Ort vorzubeugen.

Klare politische Standpunkte vertreten

Integrationsfördernde Stellungnahmen von Kommunalpolitiker_innen sind zentral für die Akzeptanz von Geflüchteten. Kontinuierliche persönliche Präsenz und richtungsweisende politische Vorgaben durch Bürgermeister_innen und Landrät_innen wirken einer Ablehnung der Unterbringung von Geflüchteten vor Ort entgegen. Parteiübergreifende Allianzen gegen fremdenfeindliche Mobilisierung wirken zudem meinungsbildend und schränken den Bewegungsspielraum für fremdenfeindliche Gruppen stark ein. Sie beugen gewaltsamen Angriffen auf Flüchtlinge vor.

Teilhabe ermöglichen und fördern

Schutzsuchende sind zu einem großen Teil vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. Im Sinne einer Stadtbürgerschaft sind vielerorts Initiativen entstanden, die ein gemeinsames Leben und Arbeiten von geflüchteten und ortsansässigen Menschen organisieren. Bundesländer und Kommunen sollten die Rahmenbedingungen für inklusive Wohn- und Lebensprojekte verbessern, so dass diese ein fester Bestandteil kommunaler Unterbringungspraxis werden können.

Einblicke aus der Forschung: Kommunen als Orte der Unterbringung und Teilhabe von Geflüchteten

Der Policy Brief enthält Schlussfolgerungen und Empfehlungen aus einem zugehörigen Forschungsbericht zum Thema „Unterbringung von Flüchtlingen in deutschen Kommunen: Konfliktmediation und lokale Beteiligung“. Der Policy Brief ist einer von zehn thematischen Policy Briefs, die im Rahmen des Verbundprojekts „Flucht: Forschung und Transfer“ bis 2018 erstellt werden. Ziel des Projekts ist es, den derzeitigen Stand der Forschung zum Themenfeld Flucht zu konsolidieren und u.a. im Rahmen von Veröffentlichungen für den Transfer aufzubereiten.

Aktuelle Erkenntnisse aus der friedenswissenschaftlichen Forschung und Praxisbeobachtung zu Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention können nicht nur zu einer Versachlichung der Debatte um die Aufnahme und Integration von Geflüchteten beitragen, sondern auch die Weiterentwicklung kommunaler Strategien der Flüchtlingsarbeit unterstützen. Die hier formulierten Empfehlungen greifen aktuelle Forschungsergebnisse zur Unterbringung von Geflüchteten, zu lokalen Konflikten und kommunalen Handlungsstrategien auf. Darüber hinaus sind die praktischen Erfahrungen kommunaler Akteure bei der Bewältigung von Konflikten im Kontext der Unterbringung von Geflüchteten, wie sie auf einem Workshop in Bonn im Februar 2017 diskutiert wurden, einbezogen worden. Sowohl die aktuelle Forschung als auch der Austausch mit der Praxis zeigen, dass Konfliktmediation, Netzwerkbildung, Bürgerkommunikation, das Zeigen einer klaren integrationsbejahenden Haltung und Förderung der Teilhabe die zentralen Handlungsfelder für eine konfliktsensible Gesamtstrategie von Kommunen zur Unterbringung und Teilhabe von Geflüchteten darstellen.

Einblicke in die Situation: Konflikte um die Ankunft und Unterbringung von Geflüchteten in Kommunen

Mit der gestiegenen Zahl von Geflüchteten insbesondere seit 2015/2016 entstanden in vielen deutschen Kommunen herausfordernde Situationen bei der Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und gesellschaftlichen Integration. Diese Prozesse verliefen und verlaufen weiterhin vielfach nicht konfliktlos und erforderten eine Intensivierung von Bürgerkommunikations- und Mediationsmethoden, wie diverse Praxis- und Begleitstudien zeigen.

Nicht alle Konflikte sind neu. Vielfach sind bereits vorhandene Konflikte zum Beispiel um Wohnraum in Ballungsgebieten oder um soziale Angebote in benachteiligten Quartieren nur deutlicher sichtbar geworden. Andere Konflikte sind tatsächlich hinzugekommen. In diesem

Zusammenhang befasst sich eine Vielzahl von Studien mit neuen Konfliktkonstellationen innerhalb von Gemeinschaftsunterkünften und im lokalen Umfeld. Beteiligt sind neben den Geflüchteten selbst Akteure aus der Verwaltung, Lokalpolitik und Wirtschaft sowie Betreiber_innen der Unterkünfte, Ehrenamtliche, Anwohner_innen, Unterstützergruppen, Bürgervereine und Parteien. Im Bereich der Gemeinschaftsunterkünfte werden vielfach Konflikte geschildert, die sich aus dem Zusammenleben von Menschen unterschiedlichen Alters und mit unterschiedlichen kulturellen oder religiösen Hintergründen ergeben. Verschiedene Lebens- und Ernährungsweisen, unterschiedliche Hygienestandards, Tagesabläufe und Umgangsformen sowie das Zusammenleben auf engstem Raum führen zu alltagsorientierten Konflikten. Empfehlungen zur Einhaltung menschenrechtlicher Standards und zur Konfliktprävention in Gemeinschaftsunterkünften liegen diesbezüglich beispielsweise vom Deutschen Institut für Menschenrechte und vom BICC (Internationalen Konversionszentrum Bonn) vor. Demnach führt die aktuelle Unterteilung von Geflüchteten mit Bleibeperspektive und solchen ohne (nicht nur aus sogenannten sicheren Herkunftsländern) zu Verschärfungen vieler Konflikte innerhalb der Unterkünfte. Insbesondere die Einrichtung von Gemeinschaftsunterkünften, die fast ausschließlich von Menschen bewohnt werden, denen die baldige Abschiebung droht, und in denen schlechtere Betreuungs- und Unterbringungsbedingungen herrschen, birgt ein hohes Gewalttrisiko.

Im Zentrum dieses Policy Briefs steht der Umgang mit Konflikten im Umfeld von Gemeinschaftsunterkünften. Der Schwerpunkt der in der ausgewählten Literatur beschriebenen Konfliktkonstellationen liegt auf der Mobilisierung gegen Gemeinschaftsunterkünfte und einer daraus resultierenden Gegenmobilisierung. Das Spektrum der Mobilisierung gegen die Unterbringung von Geflüchteten reicht dabei vom bürgerlichen Protest bis hin zu fremdenfeindlich motivierten Gewaltaufrufen und Gewalttaten. In den meisten untersuchten Fällen führt dies zu einer Gegenmobilisierung: Es bilden sich sowohl zivilgesellschaftliche Unterstützergruppen als auch Unterstützungsnetzwerke, in denen sich lokale Politik und Administration, Kirchen, Wohlfahrtsverbände sowie Vereine und zivilgesellschaftliche Gruppen zusammenschließen. Jedoch verändert die jüngste Kehrtwende in der deutschen Flüchtlingspolitik von einer Politik der Aufnahme hin zu mehr Abschiebungen die Situation in den Kommunen. Die 2015 kommunizierte Willkommenskultur ist nicht mehr bundespolitische Leitlinie. Lokale Integration und konstruktive Konfliktbearbeitung verloren daher an Aufmerksamkeit, bleiben jedoch weiterhin zentrale Herausforderungen auf kommunaler Ebene.

Handlungsempfehlungen an kommunale Akteure

1. Kompetenzen der Gewaltprävention und Konfliktmediation in Kommunen ausbauen

Um die Unterbringung von Geflüchteten sind neue Konflikte entstanden, und bereits vorhandene Konflikte haben sich zugespitzt. Kenntnisse über Strategien der Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung sind jedoch weder in der Kommunalverwaltung, noch bei Ehrenamtlichen, den Geflüchteten selbst oder anderen kommunalen Akteuren ausreichend vorhanden. Knappe Ressourcen in den Kommunen verhindern oft, dass externe Expertise im Bereich der Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung eingeholt oder aufgebaut wird. Dies steht im Gegensatz zum nachgewiesenen hohen Bedarf. Insbesondere in stark polarisierten Konflikten zwischen Gruppen, wie sie im Kontext der Unterbringung von Geflüchteten häufig auftreten, ist der Blick von externen Berater_innen hilfreich.

Kommunen sollten umfassende Strategien der Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung entwickeln und dabei das gesamte Akteursspektrum vor Ort, inklusive der Geflüchteten selbst, einbeziehen. Hierfür müssen sie zum einen mehr Mitarbeiter_innen der Kommunalverwaltung, aber auch der Polizei, von Wohlfahrtsverbänden und anderen kommunalen Einrichtungen gezielt in Methoden der Gewaltprävention und Konfliktmediation sowie interkultureller Kompetenz aus- und fortbilden. Zum anderen sollten Mediationsstrukturen wie Beschwerdestellen für Gemeinschaftsunterkünfte, Ombudsleute oder Konfliktlotsen als fester Bestandteil einer „konfliktsensitiven Flüchtlingsarbeit“ in Kommunen verankert werden. Dieser Prozess kann von externen Konfliktberater_innen unterstützt werden, zum Beispiel durch Expert_innen für Konfliktanalyse, speziell für die konfliktsensitive Flüchtlingsarbeit geschulte mobile Einsatzteams oder eine kontinuierliche Prozessberatung durch Mediator_innen. Bürgermeister_innen und Kommunalverwaltung kommt dabei die Aufgabe der Steuerung zu. Eine Ko-Finanzierung solcher Maßnahmen zur Stärkung der kommunalen Kompetenz der Gewaltprävention und Konfliktbearbeitung durch Kommunen und Bundesländer ist dafür notwendig.

2. Kommunale Netzwerke der Flüchtlingsarbeit neu ausrichten und stärken

In vielen Kommunen sind in den letzten drei Jahren neue Kooperationen und Netzwerke der Flüchtlingsarbeit entstanden, sowohl innerhalb der Verwaltung als auch zwischen Verwaltung, Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Flüchtlingsberatungsstellen, Migrantenselbstorganisationen und Ehrenamtlichen. Die Aufnahme einer seit 2014 rasch gestiegenen Zahl von Schutzsuchenden wäre ohne das enorme ehrenamtliche Engagement der Zivilgesellschaft nicht möglich gewesen – eine langfristige Integration der Geflüchteten ist ohne dieses Engagement undenkbar. Ehrenamtliche wurden aufgrund ihrer unmittelbaren Kontakte zu den Geflüchteten oft sogar Hauptansprechpartner_innen für die Verwaltung. Allerdings fehlten ihnen sowohl die dafür notwendigen zeitlichen Ressourcen als auch eine entsprechende fachliche Schulung. Für Mitarbeiter_innen der Verwaltungen bedeuteten Doppelzuständigkeiten unterschiedlicher Ressorts, Personalmangel und dann rasch eingerichtete, aber befristete Stellen und unklare Kooperationsbeziehungen große Herausforderungen.

Kommunen sollten unter Federführung der Bürgermeister_innen und Integrationsbeauftragten langfristige Strategien der Flüchtlingsarbeit entwickeln und insbesondere in Netzwerke investieren. Bereits vorhandene Instrumente der Netzwerkarbeit wie Runde Tische, Steuerungsgruppen, Funktionsstellen, Integrationszentren und Quartiersmanagement sollten nachhaltig ausgebaut und klarer aufeinander abgestimmt werden. Die kommunal Verantwortlichen sollten dabei auch die Stimmen der Geflüchteten selbst hören und Initiativen und Organisationen, welche die Sichtweisen und Anliegen der Geflüchteten angemessen repräsentieren, in Netzwerke der Flüchtlingsarbeit einbinden. Nur durch gut funktionierende Netzwerke können Kommunen auch die zukünftig weiterhin zu erwartenden Herausforderungen im Flüchtlingsbereich bewältigen und Konflikte effektiv bearbeiten.

Handlungsempfehlungen an kommunale Akteure (Fortsetzung)

3. Bürgerkommunikation ausbauen und Beteiligungsmöglichkeiten erweitern

Die Informationspolitik der Kommunen spielt eine entscheidende Rolle für die Annahme von Gemeinschaftsunterkünften durch die lokale Bevölkerung. Doch nicht alle Formate der Bürgerkommunikation sind für jeden Ort geeignet, um die Bevölkerung konstruktiv einzubeziehen. Dies muss entsprechend der spezifischen lokalen Gegebenheiten entschieden werden. Allgemein gilt dennoch: Frühzeitige und umfassende Information durch die politisch Verantwortlichen sind entscheidende Startpunkte. Formate wie Runde Tische, Infoveranstaltungen mit namentlich eingeladenen Anwohner_innen, Tage der offenen Tür in Gemeinschaftsunterkünften oder Stadtzeitungen mit Fakten und Hintergrundinformationen über Flucht und lokale Flüchtlingspolitik sind gegenüber Großveranstaltungen zu bevorzugen. Sie tendieren weniger dazu, unrealistische Partizipationserwartungen auf Seiten der Bürger zu wecken oder eine Bühne für Menschen zu bieten, die Geflüchteten grundsätzlich ablehnend gegenüber stehen.

Kommunen sollten professionelle und vor allem ressortübergreifende Kommunikationsstrategien entwickeln. Zudem sollten Beteiligungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft erweitert werden. Professionell moderierte Diskussions- und Beteiligungsformate sollten selbstverständlicher Bestandteil der Zusammenarbeit mit Kirchengemeinden, Ehrenamtlichen und anderen Unterstützer_innen einer lokalen Unterbringung von Geflüchteten sein.

4. Klare politische Standpunkte vertreten und Allianzen gegen Fremdenfeindlichkeit bilden

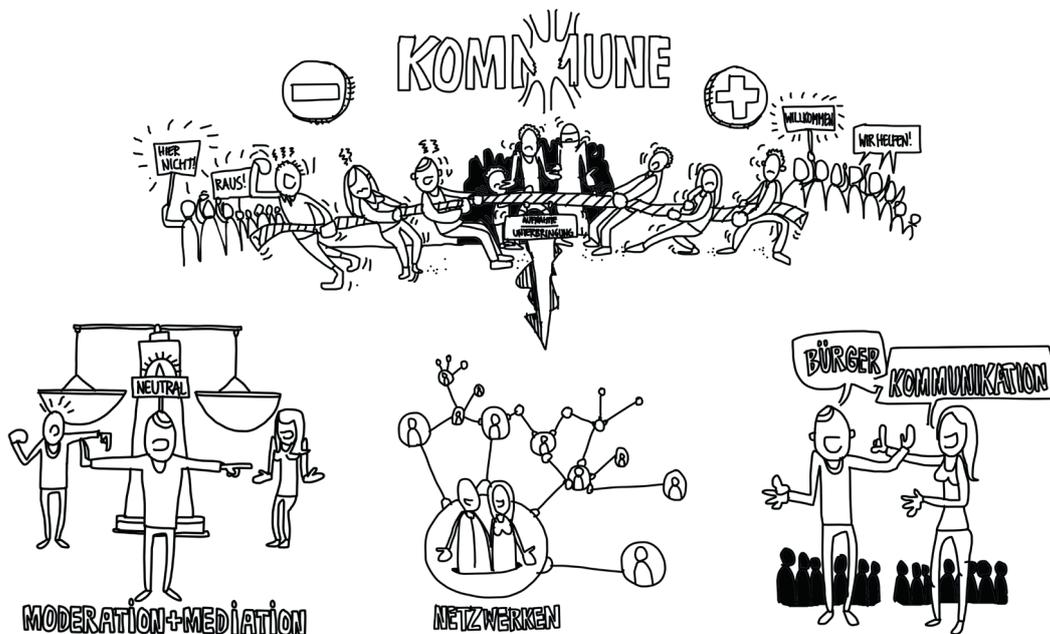
Kommunale Akteure haben einen entscheidenden Einfluss auf die lokalen Diskussionen bezüglich der Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden. Eine klare Kommunikationspolitik von Kommunalverwaltung und -politik gegenüber fremdenfeindlichen Gruppen ist entscheidend für die Akzeptanz von Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete vor Ort und beugt Konflikten vor. Parteiübergreifende Allianzen gegen fremdenfeindliche Mobilisierung schränken den Bewegungsspielraum fremdenfeindlicher Gruppen stark ein. Ein offener Umgang mit Geflüchteten durch alle kommunale Akteure und die Formulierung klarer Standards für die Unterbringung wirken sich positiv auf die lokale Akzeptanz von Geflüchteten aus.

Kommunalverwaltung und -politik, insbesondere Bürgermeister_innen und Landrät_innen, sollten rhetorisch und praktisch klar und einheitlich Position für die Einhaltung von Menschenrechten und gegen Fremdenfeindlichkeit beziehen.

5. Teilhabe ermöglichen und fördern

Schutzsuchende sind zu einem großen Teil vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. Insbesondere während des Asylverfahrens oder mit einem prekären Status wie der Duldung sind ihre Möglichkeiten gering, am lokalen Leben und am Arbeitsalltag teilzunehmen. Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften verstärkt die Isolierung von der sonstigen Bevölkerung weiter. An immer mehr Orten entstehen daher Initiativen für ein gemeinsames Wohnen und Arbeiten von ortsansässigen Menschen und Geflüchteten. Diese versuchen durch die gemeinsame Gestaltung des Alltags eine eigene Lebensrealität zu schaffen, in der die Unterscheidung nach Aufenthaltsstatus und Staatsangehörigkeit wenig Relevanz hat. Sie knüpfen damit an die Idee der „Stadtbürgerschaft“ (urban citizenship) an. Das prominenteste Beispiel ist das Grandhotel Cosmopolis in Augsburg. Hier leben und arbeiten Geflüchtete, Einheimische, Zugezogene und Durchreisende gemeinsam. In zahlreichen Städten Deutschlands leben auch Studierende und Geflüchtete in Wohngemeinschaften zusammen, unterstützt durch einen speziellen Vermittlungs- und Beratungsservice.

Kommunen sollten die Rahmenbedingungen für inklusive Wohn- und Lebensprojekte verbessern und diese zu einem festen Bestandteil kommunaler Unterbringungspraxis machen. Generell sollten Kommunen ihre Gestaltungsmöglichkeit voll ausnutzen, um Geflüchteten bessere Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben zu eröffnen – gerade wenn die asylrechtlichen Voraussetzungen auf nationaler Ebene restriktiver werden. Eine gesellschaftliche Teilhabe von Geflüchteten beugt lokalen Konflikten vor und verringert das Gewaltpotential vor Ort.



Die Autorin und das Team von „Flucht: Forschung und Transfer“ bedanken sich bei den Teilnehmer_innen des Policy Workshops am 17.02.2017 und eines wissenschaftlichen Workshops am 16.02.2017 für den intensiven Wissens- und Erfahrungsaustausch und die anregenden Diskussionen von zukünftigen Handlungsoptionen in Bezug auf die Unterbringung von Geflüchteten und kommunale Strategien der Konfliktbearbeitung. Aktuelle wissenschaftliche Literatur sowie die Erkenntnisse und Erfahrungen von Bürgermeister_innen, Vertreter_innen aus der Verwaltung, Integrationsbeauftragten, Sozialarbeiter_innen, Mitarbeiter_innen in Gemeinschaftsunterkünften, Vertreter_innen von NGOs, Konfliktberater_innen und Wissenschaftler_innen bilden die Grundlage dieses Policy Briefs.

Zum Weiterlesen

Bauer, Isabella (2017), Unterbringung von Flüchtlingen in deutschen Kommunen: Konfliktmediation und lokale Beteiligung. Flucht: Forschung und Transfer, Research Paper Nr. 10, Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück / Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC). <https://flucht-forschung-transfer.de/publikationen/>

Berndt, Hagen / Lustig, Sylvia (2014), Kommunale Konfliktberatung. Konzeption zur Beratung von Kommunen im Wandel, Köln: Forum Ziviler Friedensdienst. <http://www.kommunale-konfliktberatung.org/de/node/68>

BICC (2017): Lokale Konflikte um die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten: Welchen Beitrag leisten Bürgerbeteiligung und Konfliktmediation vor Ort? Flucht: Forschung und Transfer, Dokumentation eines Policy Workshops mit kommunalen Vertretern, Osnabrück: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS), Universität Osnabrück / Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC). <https://flucht-forschung-transfer.de/buergerbeteiligung-mediation-netzwerkbildng/>

Christ, Simone / Meininghaus, Esther / Röing, Tim (2017), Konfliktprävention in Unterkünften – Selbstverantwortung geflüchteter Menschen stärken, BICC Policy Brief 3/2017, Bonn: Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC). <https://www.bicc.de/publications/publicationpage/publication/konfliktpraevention-in-unterkuenften-selbstverantwortung-gefluechteter-menschen-staerken-701/>

Cremer, Hendrick (2014), Menschenrechtliche Verpflichtungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen. Empfehlungen an die Länder, Kommunen und den Bund. Policy Paper Nr. 26. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/show/policy-paper-no-26-menschenrechtliche-verpflichtungen-bei-der-unterbringung-von-fluechtlingen-empfh/>

Flucht: Forschung und Transfer. Flüchtlingsforschung in der Bundesrepublik Deutschland

Das Forschungsprojekt

Seit dem Beginn des Anstiegs der Zahl der Asylsuchenden in der Bundesrepublik 2011 ist die Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise in Politik, Administration, Praxis, Medien und Öffentlichkeit kontinuierlich gestiegen. In diesem Kontext ist die fehlende Vernetzung und Bündelung der Forschung zu Fragen von Gewaltmigration, Flüchtlingspolitik und (Re-)Integration von Flüchtlingen ebenso sichtbar geworden wie der geringe Grad an Aufbereitung wissenschaftlicher Herangehensweisen und Einsichten sowie der mangelnde Transfer der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse in die politischen und öffentlichen Debatten. Vor diesem Hintergrund verfolgt das Forschungsprojekt drei Ziele:

1. die Bestandsaufnahme und Vernetzung der Forschungslandschaft,
2. die Bündelung der Wissensbestände und
3. den Transfer in Politik, Administration, Zivilgesellschaft, Medien und Öffentlichkeit.

Hierzu ist eine umfassende Datenbank zu relevanten Forschungsprojekten erstellt und mit einer interaktiven Forschungslandkarte zugänglich gemacht worden. Zudem werden in zehn Themenbereichen, von Fluchtursachen über Gewalterfahrungen und (Im)mobilität bis zur (Re-)integration von Flüchtlingen, der Forschungsstand aufbereitet und Handlungsempfehlungen entwickelt. Workshops und Tagungen mit Wissenschaftlern sowie mit Vertretern aus Politik, Praxis und Medien dienen der Vernetzung und dem Transfer der Forschungsergebnisse. Das Vorhaben führt also das verfügbare Wissen zusammen und bietet weiterführende Perspektiven der Erörterung und Aufklärung des wissenschaftlichen Problems Flucht. Darüber hinaus bereitet es wissenschaftliche Kompetenzen und Kenntnisse für die politische, mediale und öffentliche Debatte auf.

Laufzeit: 01. Juni 2016 – 31. Mai 2018

Kontakt

Flucht: Forschung und Transfer
J. Olaf Kleist

IMIS / Universität Osnabrück
Neuer Graben 19/21
D – 49069 Osnabrück

Tel. +49 541 969 4426
fft-imis@uni-osnabrueck.de



www.flucht-forschung-transfer.de



GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung